

„Target 2“ als Waffe gegen die europäischen Bürger?

Die Finanzpolitik treibt unsere Bevölkerungen in den Bankrott!

von **Andreas Popp**

Selbst ehemaligen Hardlinern, wie Prof. Hans Werner Sinn vom Ifo-Institut, flattert offenbar das Hemd in Anbetracht des immer offensichtlicheren Bankrotts der Eurostaaten. Sinns Institut entwickelte den sogenannten „Geschäftsklimaindex“. Dabei werden jeden Monat Unternehmer nach Ihren „Gefühlen“ befragt, wie sie denn die weitere Entwicklung ihres Betriebes einschätzen. Aus den Antworten wird dann der genannte Index errechnet. Tja, mit solch „wichtigen“ Dingen kann man tatsächlich Akademiker beschäftigen. Ach ja, dann gibt's da auch noch weitere Experten, die im Vorfelde diesen Index *prognostizieren*, also darüber nachdenken, wie die besagten Unternehmer wohl abstimmen *werden*. Dieser „erwartete“ Index wird dann mit den „echten“ erfragten Daten verglichen und ins Verhältnis gesetzt. Daher hören wir des Öfteren den Satz: „...besser als erwartet“. Man muss sich einmal vorstellen, dass gebildete Spezialisten sich für ein hohes Salär mit solch einem Unsinn beschäftigen... Der Kabarettist Volker Pispers sagte über diese Wissenschaftler einmal: „Da habe ich intelligentere Lebensformen auf meinem Duschvorhang...“.

In Anbetracht dieser ganzen tyrannischen Entwicklungen sehen Sie mir bitte nach, dass ich mein heutiges Thema so salopp starte.

Auch der einfach strukturierte Abgeordnete der EU in Brüssel müsste langsam realisiert haben, dass das Zwangszahlungsmittel „Euro“ auf eine Zerstörung der europäischen Völker hinausläuft. Natürlich gibt man es nicht öffentlich zu, denn wer an der Krippe sitzt, der frisst nun einmal, aber wissen müssten es eigentlich Alle und nicht nur die „Untertanen“.

Als bekennender Deutscher, der sich selbstverständlich auch für unsere europäischen Nachbarn einsetzt, möchte ich zu einer recht unbekanntem finanziellen Vernichtungswaffe gegen Europa Stellung beziehen, der Target2 (Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System), die seit dem 19.11.2007 eingesetzt wird. Dieses „Geschütz“ wird *offiziell* als Verrechnungssystem von Zahlungsströmen zwischen den Euro-Zentralbanken bezeichnet.

Erinnern wir uns an dieser Stelle kurz an die Maastrichter Verträge, die alle Eurostaaten unterzeichneten. In diesem Vertragswerk wurden die Konvergenzkriterien der Teilnehmerländer festgelegt, vor allem aber die Verweigerung von Hilfe, wenn Staaten dagegen verstießen. Man nannte das „No-Bailout-Klausel“ (also: keine Rettungsmöglichkeit). Was hier für einen Laien hart klingen mag, *dient* letztlich den maroden Ländern und ihren Bewohnern. Kann nämlich ein Land mit dem von außen diktierten Größenwahn nicht mithalten, muss diese Region wieder aus dem Euro aussteigen. Die Folge wäre dann eine

„Staats-Insolvenz“, bei der die Gläubiger (meist Banken) ihre Rückzahlungs- und Zinsforderungen abschreiben müssten. In Anbetracht der Tatsache, dass die Banken die Kredite eh ohne angemessene Leistung aus dem Hut zaubern können, eine faire Lösung. Nach der Insolvenz könnte das betroffene Land dann wieder mit einer nationalen Währung eine ordentliche Wirtschaft aufbauen und zeitnah ginge es allen Menschen wieder gut, sofern es ordentlich gesteuert würde.

Bereits in den 1990er Jahren haben viele *echte* Sachverständige (auch wir) darauf hingewiesen, dass der Euro aufgrund der vielfältigen regionalen Unterschiede in Europa scheitern *muss*, während sich viele „Elfenbeinturm-Wissenschaftler“ offenbar völlig ahnungslos für die gemeinsame „Wirtschaftswunder-Währung“ stark machten.

Zur Sicherheit lag im Falle des (zu erwartenden) Scheiterns das Vertragswerk von Maastricht zu Grunde und Verträge sind einzuhalten...*Punkt*, es sei denn, man verlässt die Rechtsstaatlichkeit – und genau das erleben wir zurzeit mit einem permanent steigenden Tempo. Die *demokratische Tyrannei* nimmt ihren Lauf. Man verstößt mit Wissen und Wollen gegen die Gesetze – und so etwas nennt man Vorsatz! Der uns verbundene Verfassungsrechtler Prof. Schachtschneider, der sich als aufrechter Mann unserer Heimat einen großen Namen gemacht hat, bestätigt diese haltlosen Zustände der Rechtslosigkeit permanent.

Ich möchte versuchen, die Begrifflichkeit eines „Echtzeit-Brutto-Clearingsystems (RTGS)(1) der Euro-Ordnung zu umgehen und lieber mit einfachen Worten den Sachverhalt zu schildern, mit dem quasi alle maroden Eurostaaten *und* die „stabilen“ Länder gleichzeitig zerstört werden.

Bei „ungefügigen“ Staaten nennt man solche Vorgänge übrigens gern Diktatur und setzt sogar das Militär zur „Befreiung“ ein.

In unserem „vereinten“ Europa verstößt man also mit *vollem Bewusstsein* gegen verbindliche Verträge, um die *Banken* zu retten – und *nicht* die angeschlagenen Länder. Die dramatische Finanzlage z.B. Griechenlands, Irlands, Portugals (Frankreichs?) usw. müsste klar zu einem Ausstieg der betroffenen Länder führen – **und zwar in ihrem eigenen Interesse!** Dann könnten sich die entsprechenden Bürger schuldenfrei erklären und eine neue nationale (noch optimaler wäre eine regionale) Wirtschaft aufbauen. Gut, ein paar Banken wären dann pleite (oder auch Alle), aber was würde das denn wirklich bedeuten? Gar nichts, außer der Möglichkeit eines Neuanfangs. Welcher halbwegs intelligente Mensch glaubt denn noch immer an das Dogma „systemrelevant“ oder „alternativlos“, auch wenn unsere Kanzlerin diese stumpfen Begriffe gebetsmühlenartig wiederholt? Wenn dieser tägliche Wahnsinn zur Systemrelevanz gehört, muss das System eben weg. So einfach ist das!

Statt einer fairen Politik im Interesse der Völker begehen deren Vertreter allerdings einen Rechtsbruch nach dem Anderen, um die eigentlichen Machtinhaber zu befriedigen: „Die Finanzoligarchen“.

Da unser globalverzinstes *Zwangszahlungsmittel*-System zu einer Schuldenspirale führen muss(!), bleiben als *letzte* Opfer nur die Staaten, also die Steuerzahler übrig. Dadurch geraten bestimmte Länder als erstes unter Druck, wie z.B. Griechenland, und das geht weiter, bis irgendwann auch die „starken“ Teilnehmer zerstört sind, zu den wohl auch Deutschland gehören wird.

Alle Regierungen sind zur eigenen Finanzierung darauf angewiesen, Staatsanleihen herauszugeben. Die Steuergelder reichen systembedingt nicht aus, die exponentiell steigenden Forderungen des privaten Bankensystems zu befriedigen, die man wohl am Ehesten mit einem „Schwarzen Loch“ vergleichen kann, welches wir aus der Astronomie kennen.

Da immer weniger Investoren bereit sind, die allgemein bekannten Bankrottländer mit Geld zu finanzieren, sucht dieses leistungslose(!) Kapital andere Wege. Viele Lebensversicherungen und andere marode Kapitalsammelbecken investieren nun z.B. in deutsche Staatspapiere. Dieser daraus resultierende Kapitalzufluss führt zu geringeren Refinanzierungen der deutschen Geschäftsbanken bei der Deutschen Zentralbank (sprich Bundesbank). Dieser Sachverhalt sollte verstanden werden und ich verweise an dieser Stelle auf mein Buch „Der Währungs-Countdown“).

Das neu eingeführte Target2-System verpflichtet nun die Bundesbank, im Rahmen eines sogenannten Clearings z.B. der griechischen Zentralbank (über den Weg der EZB) auf Risiko der Deutschen Steuerzahler Kapital zuzuführen. Die Forderungen der Bundesbank gegen die EZB sind allein aus der Griechenlandproblematik von knapp 11 Milliarden im Jahre 2007 auf über 93 Milliarden im Jahre 2010 angewachsen. **Die Gesamtforderungen der Deutschen Bundesbank sind in den letzten 5 Jahren von 18 Milliarden Euro auf über 326 Milliarden Euro nahezu explodiert** und deshalb spielen die Sicherheiten der maroden Schuldner eine große Rolle für den bundesrepublikanischen Steuerzahler.

Das perfide an dieser verkorksten Euro-Situation ist, dass keinem Portugiesen, Griechen oder Iren geholfen wird, sondern nur dem Bankensystem, das Angst um seine leistungs- und endlosen Renditen hat. Der Einwurf, dass bei einem Totalzusammenbruch der Banken viele Menschen ihre Rente oder Spargelder verlieren würden, ist falsch, wenn auch im ersten Moment nachvollziehbar. In diesem Fall müssten *redliche* Politiker, die sich noch ihren Völkern verpflichtet fühlen, eine Lösung im Rahmen eines *neuen* Geldsystems finden, was komplex, aber umsetzbar ist.

In unserer Wissensmanufaktur forschen wir zurzeit in theoretischen Planspielen an einer fairen und vor allem praktikablen Neuordnung, die den Menschen dient! Wir glauben natürlich nicht an irgendwelche Politiker, den Globalisierungswahn oder die Finanzsysteme.

Noch werfen (hauptsächlich) wir Deutschen schlechtes Geld dem „Guten“ hinterher bis wir selbst bankrott sind. Ich erahne schon, mit welcher Keule die deutschen Steuerzahler „unten gehalten“ werden, wenn sie ihre Bundesbankforderungen aus Target2 bei der EZB geltend machen wollen...

Wie funktioniert das Target2-System nun konkret?

*Dieser Teil dient denjenigen Lesern, die tiefer in der Finanzthematik stecken. (Im März 2011 beschäftigte sich die **Wirtschaftswoche** sehr sachverständig mit diesem Thema. Auf die Veröffentlichungen greife ich hier partiell zurück)*

Das Target2-Zahlungssystem existiert seit 2007. Es ist eine technische Infrastruktur für Geldüberweisungen zwischen den Zentralbanken der Euro-Länder. Außerdem werden darüber auch grenzüberschreitende Großbetragsüberweisungen zwischen Geschäftsbanken abgewickelt. Zahlungen im Target2-System werden in Zentralbankgeld vorgenommen. Zwar müssen diese Target-Salden nicht immer ausgeglichen sein, doch schwankten sie in der Zeit vor der Krise regelmäßig um die Null-Linie herum.

Warum sind die Forderungen der Bundesbank gestiegen?

Im Zuge der Finanzkrise hat eine Kapitalflucht aus den Krisenländern im Süden der Euro-Zone nach Deutschland eingesetzt. Die Banken in den Krisenländern haben das Geld ihrer Kunden über das Target2-System der Zentralbanken überwiesen. So floss das Geld über die Europäische Zentralbank, die als Clearingstelle fungierte, an die Bundesbank. Diese baute auf diesem Wege Forderungen gegenüber dem Euro-System auf. Das Geld hat die Bundesbank an die deutschen Geschäftsbanken weitergeleitet, die es auf den Konten der Anleger aus den Krisenländern gutschrieben.

Welche Risiken sind damit verbunden?

Vor kurzem sah sich die Bundesbank offenbar genötigt zu kommunizieren, dass die Target2-Salden „kein eigenständiges Risiko“ darstellen. Allerdings ist den Geschäftsbanken der Krisenländer durch die Überweisungen Zentralbankgeld verloren gegangen. Um sich neues Zentralbankgeld zu beschaffen, haben sie die Refinanzierungsgeschäfte mit ihrer nationalen Notenbank ausgeweitet. Da die Euro-Notenbanken seit Ausbruch der Krise die qualitativen Anforderungen an die Sicherheiten für solche Geldleihgeschäfte heruntergeschraubt haben, akzeptieren sie auch Ramschanleihen wie griechische Staatspapiere als Sicherheiten. Kommt es zu einem Staatsbankrott der Krisenländer, drohen den Notenbanken Verluste durch Abschreibungen auf die Staatspapiere.

Was kostet das den deutschen Steuerzahler?

Machen die Notenbanken der Krisenländer Verluste, werden diese vom Euro-System als Ganzes getragen. Die einzelnen Notenbanken der Euro-Zone sind an den Verlusten nach Maßgabe ihres Kapitalanteils an der Europäischen Zentralbank beteiligt. Da steht Deutschland dann ganz oben auf der Liste der Verlierer.

Am Ende haftet also der deutsche Steuerzahler, dessen Interessen leider von *niemandem* vertreten werden. Erst kürzlich berichteten wir hierüber unter:

<http://www.wissensmanufaktur.net/der-bund-der-braven-steuerzahler>

Prof. Sinn spricht offen von einem allein aus diesem Sachverhalt entstandenen Schleuderkurs der Bundesrepublik. Auch werden die Rücktritte des Bundespräsidenten Köhler und des Bundesbankpräsidenten Weber von ihm als „denkmalwürdig“ bezeichnet, da diese Herren den Verrat am deutschen Volk nicht (mehr länger) mittragen wollten. In der Tat ehrt es die Beiden, aber ich möchte hinzufügen, dass nur Axel Weber den Mund aufmachte und aus seinem Rücktrittsgrund keinen Hehl machte, während sich Horst Köhler stillschweigend aus dem Staub machte. Nun könnte es sein, dass das Gewissen des ehemaligen Bundespräsidenten durch seine IWF-Vergangenheit stark in Mitleidenschaft gezogen wurde und er deshalb so zurückhaltend ist.

An dieser Stelle möchten wir deutlich machen, dass es uns um alle Europäer geht.

Liebe Bürger aus Andorra, Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kosovo, Luxemburg, Malta, Monaco, Montenegro, Niederlande, Österreich, Portugal, San Marino, Slowakei, Slowenien, Spanien, Vatikanstadt und aus Zypern.

Wir dürfen uns nicht weiter auseinanderdividieren („*Teile und herrsche*“) lassen, egal ob wir sogenannte Geber- oder Nehmerländer sind, letztlich verlieren wir *alle* durch den Euro, während sich die Initiatoren dieser *Währungswucherung* die Hände reiben.

Wir sollten unsere eigenen Eigenschaften und Mentalitäten beibehalten und uns nicht dem Globalisierungswahn unterwerfen, der uns von „Außen“ übergestülpt werden soll.

Wir wünschen uns ein großes, friedliches Europa mit *freien* Einzelnationen, die *autark* leben können und darüber hinaus einen fairen inter(das heißt bekanntlich zwischen)nationalen Handel betreiben.

Wann gibt man endlich zu, dass der Euro ein Fehler war, wenn man es aus Sicht der Menschen sieht? Da nutzen auch keine anderslautenden Gebetsmühlen-Dogmen, mit denen man uns in der Tagespropagnada malträtiert.

Hoffen wir also auf ein kollektives Erwachen, welches offensichtlich schon eingesetzt hat.

In diesem Sinne

Ihr

Andreas Popp, April 2011